

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 5

Artikel: Das "Amt für psychologische Kriegsführung" in den USA : sind Sozialdemokraten Kommunisten?
Autor: Ismail-Mahn, Christina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340370>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sind Sozialdemokraten Kommunisten?

Christina Imsail-Mahn über eine 35jährige Institution

Am 2. Geburtstag des Nordatlantikpaktes, am 4. April 1951, schuf der amerikanische Präsident Harry S. Truman im Rahmen seiner Exekutivgewalten mittels Präsidialer Direktive das PSB, Psychological Strategy Board, in deutsch: Amt für psychologische Kriegsführung. Wie man ein halbes Jahr nach der Gründung erläuterte, sollte diese Behörde als koordinierende Stelle in der Politmaschine von Washington «den kalten Krieg führen».

Die meisten der Pläne, die von PSB ausgearbeitet wurden, bleiben über die übliche Sperrfrist von 30 Jahren laut Beschluss der Reagan-Regierung weiterhin in den Safes der Archive. Es gibt einiges an Material, das den Schluss zulässt, dass die USA durch dieses Amt direkt oder über die Mitgliedsbehörde CIA indirekt an dem Skandal beteiligt waren, der im Herbst 1952 die Bundesrepublik erschütterte. Man erinnert sich: Hessens Ministerpräsident Zinn (SPD) hatte den sogenannten Technischen Dienst des Bund Deutscher Jugend «hochgehen» lassen. In den damals beschlagnahmten Unterlagen befanden sich Listen mit Namen führender Sozialdemokraten, die im Fall X «eliminiert» oder «liquidiert» werden sollten. Der Fall X war eine eventuelle russische Invasion. Unter solchen Umständen wären dann gewisse Genossen der «Kollaboration» verdächtig und somit «politisch unsicher» gewesen.

Die nebelhafte Tätigkeit des Amtes für psychologische Kriegsführung wurde bislang nur von dem amerikanischen

Historiker Edward P. Lilly beschrieben, der von 1946 bis 1952 die Welt der Akademia an den Nagel hängte, um für den Generalstab der USA eine voluminöse Geschichte der psychologischen Operationen der Vereinigten Staaten anzufertigen. Das Resultat, d.h. die Bände, sind bis in das nächste Jahrtausend hinein als streng geheim eingestuft. Doch Lilly verfasste einen Aufsatz über PSB, erschienen in «Studies in Modern History», St. John's University Press, New York, 1968. Für europäische Sozialdemokraten ist eine Arbeitsgruppe des PSB, das Forum «C», von Interesse. Einflussreich und zugleich kontrovers war das Bestreben von PSB, Macht und Einfluss des Kommunismus in Europa verkleinern zu helfen.

«Die kommunistischen Parteien in Westeuropa bekamen – trotz der Hilfe aus dem europäischen Wiederaufbauprogramm und der NATO immer noch ein Drittel aller Wählerstimmen

und kontrollierten so bedeutende Teile der Gesetzgebung. Im Hinblick auf das nicht vorhandene Gleichgewicht zwischen parlamentarischer Regierung und den vielen Splitterparteien warfen viele Regierungskrisen die Frage nach kommunistischer Kontrolle und deren politischer Folgen auf.» (Lilly, S. 371).

Mit dieser Interpretation westeuropäischer Nachkriegsgeschichte irrt Lilly, irrt der Planerstab des PSB ganz gewaltig. Andersherum gesagt: Wieder einmal ein Beweis dafür, dass Amerikaner nicht in der Lage sind, zwischen sozialer Demokratie und Kommunismus zu unterscheiden.

Hier sollen Wahlergebnisse verschiedener westeuropäischer Länder aus der Nachkriegszeit folgen. Es sind offizielle Zahlen, um welche die Autorin für ein Buch über PSB die Bonner Botschaften der jeweiligen Länder gebeten hat.

Norwegen

	1945	1949	1953
Arbeiterpartei	609.348	803.471	830.448
Christliche Demokraten	252.608	279.790	327.971
Zentrumspartei	117.813	147.068	186.627
Liberales Partei	204.852	218.866	177.662
Kommunistische Partei	176.535	102.722	90.422
Gemeinsame Liste der Nicht-Linken	-	107.913	9.661

Grossbritannien

	1945	1950	1951
Labour Party	11.985.773	13.265.610	13.949.105
Kommunisten	125.299	91.815	19.640
Unabhängige Labour Party	36.153	8.367	4.388
Zahl der abgegebenen Stimmen	25.018.293	28.769.477	28.596.695

Schweden

Von jeweils 380 Mandaten erhielten die kommunistischen Linksparteien 1945 17 Mandate (Sozialdemokraten 198), 1949 die Kommunisten 11 (Sozialdemokraten 196) und 1953 bekamen die Kommunisten 9 (Sozialdemokraten 189) Mandate.

Frankreich

Bei den ersten Nachkriegswahlen am 21. Oktober 1945 bekamen die extreme Linke und die Kommunisten zusammen 26,1 Prozent der Stimmen oder 28,4 Prozent der Mandate. Die Sozialisten schafften 24,6 Prozent der Stimmen oder 25,9 Prozent der Mandate. Bei den Wahlen am 2. Juni 1946 bekamen die extreme Linke und die Kommunisten zusammen 26,4 Prozent der Stimmen oder 28 Prozent der Mandate. Die Sozialisten brachten es auf 21,3 Prozent der Stimmen oder 22 Prozent der Mandate. Bei den Wahlen vom 10. November 1946 wurden 28,8 Prozent der Stimmen für die extreme Linke und die KP abgegeben, in Mandaten waren das 30,3 Prozent. Die Sozialisten fielen auf 18,1 Prozent und bei den Mandaten auf 16,7 Prozent. Bei der Wahl vom 17. Juni 1951 schafften die extreme Linke und die Kommunisten 26 Prozent der Stimmen, aber nur 17,5 Prozent der Mandate. Auf die Sozialisten entfielen damals 15,3 Prozent der Stimmen, die aber 17,5 Prozent an Mandaten ausmachten.

Niederlande

Die Zusammensetzung der Zweiten Kammer der Niederlande ergab bei den Wahlen von 1946 10 Mandate für die Kommunisten und 29 für die Partei der Arbeit, die Sozialisten. 1948 sanken die Kommunisten auf 8 Mandate, die Sozialisten auf 27 Mandate ab. 1952 fielen die

Kommunisten auf 6 Mandate, die Sozialisten erreichten 30. Das alles von jeweils 100 Mandaten.

Dänemark

Am 30. Oktober 1945 erhielt die dänische KP 12,5 Prozent der Stimmen, was 18 von 149 zu vergebenden Mandaten ausmachte. Die Sozialdemokraten bekamen 32,8 Prozent der Stimmen und somit 48 Mandate. Bei den Wahlen vom 28. Oktober 1947 fielen die Kommunisten auf 4,8 Prozent der Stimmen und neun Mandate zurück; die Sozialdemokraten bekamen 40 Prozent der Stimmen und somit 57 Mandate. Am 5. September 1950 gaben 39,6 Prozent der Wahlberechtigten den Sozialdemokraten ihre Stimme, die dann 59 Mandate erhielten. Die KP fiel auf 4,6 Prozent der Stimmen zurück und hatte 7 Mandate. Beide Parteien hatten somit jeweils 66 Mandate.

Italien

In Anbetracht der Tatsache, dass sich das allererste Dokument des 1947 in Washington geschaffenen Nationalen Sicherheitsrates (NSC 1/1, als Top Secret klassifiziert und datiert vom 14. November 1947) mit der Bedrohung der US-Interessen durch die «bevorstehenden Wahlen in Italien» befasste und die Genehmigung zur Intervention enthielt, ist eine gewisse Hysterie beim Amt für psychologische Kriegsführung in Sachen Italien unter Umständen fast verständlich. Aber auch nur dann, wenn Washingtons «Planer» Sozialdemokratie und Kommunisten in einen ideologischen Topf geworfen haben.

Die «Camera dei Deputati» setzte sich in der ersten Legislaturperiode (1948–1953) wie folgt zusammen:

Communista	131
Democratico Cristiano	306
Liberale	15
Partito Nazionale Monarchico	13
Partito Repubblicano Italiano	10
Unità Socialista	33
Partito Socialista Italiano	52
Misto (Splittergruppen)	14

Das Forum «C»

Wie man bei den vorangehenden Wahlergebnissen dazu kommen kann, von kommunistischer Bedrohung in Westeuropa zu sprechen, ist schleierhaft. Es kann nur zu solchen Denkvorgängen kommen, wenn man die Sozialdemokraten zurechnet, und selbst dann bleiben Fragen offen an den Militärhistoriker Lilly.

Wie gesagt, das Amt für psychologische Kriegsführung schuf das Forum «C», um psychologische Operationspläne zu entwickeln, welche Amerikas wirtschaftliche und militärische Programme durchführen sollten und zum Ziele hatten, «die westeuropäischen Nationen dazu zu bringen, die politische Stärke ihrer eigenen kommunistischen Gruppen zu schwächen». Der Plan war laut Lilly «sticky» also schleimig und delikates, da die Vereinigten Staaten den Eindruck vermeiden mussten, sich in die internen Angelegenheiten anderer Völker einzumischen.

Das Aussenministerium, das ebenso wie Pentagon und CIA zum PSB gehörte, soll zurückhaltend gewesen sein. Es brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Pläne die Kluft nicht anerkannten, «welche zwischen dem Reden über lobenswerte Ziele und deren Erreichen bestehen». Ferner betonte das Ministerium, es gebe in Westeuropa keine Formel für das schnelle Erlangen eines Zielles von dieser politischen Grös-

se. Zustimmung bekamen die Pläne dann doch, wenn auch unter dem Vorbehalt, dass keine Geheimdienstoperationen ohne die vorherige Zustimmung des zuständigen US-Botschafters und des Ministeriums durchgeführt werden dürften. Lilly bedauert: «Die Kommission und die Mitarbeiter von PSB litten unter dem Konservatismus des Aussenministeriums, mussten sich aber beugen oder zum Nichtstun verurteilt sein. Forum «C» liess dann ins Protokoll aufnehmen, die kommunistische Macht in Westeuropa gebe Anlass zu ernster Sorge und hinzufügen, dass das Amt für psychologische Kriegsführung fest entschlossen sei, diese kommunistische Macht zu brechen.

Nun wissen wir Westeuropäer, die wir uns zur sozialen Demokratie bekennen, wenigstens, wie wir als statistische Posten in die kalten und vernebelten Zahlengruppen amerikanischer Politik eingegangen sind beziehungsweise dort immer noch «gebucht» stehen. Als Kommunisten.

Der Artikel berücksichtigt alle bis zum 15.2.1986 in US-Archiven freigegebenen Dokumente zum Komplex BDJ, Hochkommissariat für Deutschland und PSB, die für den Text relevant sind.

Die Rolle des Henry A. Kissinger

Er kann mit Worten umgehen. Man muss es ihm neidlos und voller Bewunderung lassen. In seinem Memoiren-Band «White House Years», der für Europäer interessant ist, weil Kissinger sich viel zu Willy Brandts Ostpolitik äussert, steht ein Satz, der einem schreibenden Historiker, Politologen oder Normalverbraucher über Jahre hinweg im Gedächtnis bleibt: «Ohne Philosophie hätte Politik keine Massstäbe.» Und da erfährt

man durch einen Zufall, dass Henry A. Kissinger seine politische Karriere in Trumans Amt für psychologische Kriegsführung mit einem Lagebericht über Deutschland 1952 angefangen hat. Man wartet, denn die erlauchten Worte sind mit dem Stempel «Top Secret» versehen. Schliesslich erlaubte der Nationale Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten die Freigabe. Man lernt vieles. Kissinger war eine eigene «Nummer» in dem Amt, nämlich 095. (Truman Archiv, Independence, Missouri, Papers of Harry S. Truman, Records of the Psychological Strategy Board, Control-No. 714032-1, Dezimalklassifizierung: PSB 091, (Germany), x 095, Kissinger, Henry A.)

«Es war zu hoffen, dass die Unterzeichnung des Friedensvertrages Deutschland in einen willigen Partner der atlantischen Gemeinschaft verwandeln würde, sein Beitrag dazu um so bereitwilliger, weil aus freien Stücken gegeben. Man nahm an, ein Gefühl der Befriedigung würde das Erlangen der Quasi-Souveränität nur sieben Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, die in einer bedeutenden Gesundung gipfelte, die man sich 1948 nicht hätte vorstellen können, begrüssen. Dies war nicht der Fall . . . Die deutsche Reaktion auf den Friedensvertrag im allgemeinen kann man am besten auf den Nenner «hysterisch» bringen . . . Der Friedensvertrag und seine Begleitinstrumente haben zu antiamerikanischen Gefühlen, die völlig über den Rahmen fortgeschrittener Kritik hinausgehen, geführt . . . Sogar Adenauer und, was noch bedeutender ist, seine Förderer tendieren dazu, den Friedensvertrag zu unterstützen, das Beste aus einer schlechten Situation zu machen und befürworten die Ratifikation nur deshalb, weil er besteht.»

Der Stratege Kissinger warnt auch: «Es ist sicher, dass bei dem gegenwärtigen psychologischen Klima ein deutscher Beitrag zu einer westeuropäischen Verteidigungsmacht von zweifelhaftem Nutzen sein wird.» Der Analytiker stellt fest, deutsche Kritik an den USA konzentrierte sich auf den Friedensvertrag, die Wiederbewaffnung und auf das Problem der deutschen Einheit.

Kritik an den USA

«Die Kritik am Friedensvertrag nimmt viele Formen an, die meisten von ihnen sind gegen die USA gerichtet. Die Entflechtungsklausel wird von vielen als eine Verletzung der Souveränitätsrechte angesehen, die der Vertrag wiederherzustellen versucht. Diese Klausel . . . wird von der SPD vehement als ein weiteres Beispiel amerikanischer Pflege von «reaktionärem freien Wirtschaftskapitalismus» bekämpft . . . In einer Atmosphäre, die durch den Druck der SPD aber auch extrem rechtsradikalen Gruppen sich verschlechtert, sieht die Regierungskoalition ihre Position fast unhaltbar, da sie ständig gezwungen ist, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, ein Instrument der Alliierten zu sein . . .»

Kissinger ist auch kritisch: «Der psychologische Effekt des Friedensvertrages wird weiterhin durch die Tatsache gemindert, dass er mit einem Verteidigungspakt gekoppelt wurde. Noch mehr als in Japan wird das als eine Form von Erpressung interpretiert, gleichbedeutend mit der Vergabe von Souveränität, um notwendige amerikanische Ziele in der Strategie der USA gegen Russland zu erreichen.

Doch man opponiert auch aus anderen Gründen gegen die Wiederbewaffnung. Die junge Generation ist zynisch und ver-

bittert. Nachdem sie den Zusammenbruch Deutschlands nach dem Kampf eines hoffnungslosen Krieges von sieben Jahren erlebt hatte, ist sie desillusioniert und «neutralistisch». Bei Gesprächen mit Studenten zeigt sich stets eine pazifistische Einstellung mit religiösen Untertönen, die nicht leicht von einer Regierung besiegt werden kann, die so wenig an Prestige besitzt wie die gegenwärtige westdeutsche Regierung. Andere sind aus militärischen Gründen gegen eine Wiederbewaffnung. Sie wiesen auf die Unmöglichkeit hin, die Elbe zu verteidigen, auf die Verteilung der alliierten Truppen, welche auf eine Konzentration am Rhein deutet, und auf die Unmöglichkeit, einen Kampf hinter den Linien zu führen, der Deutschland erneut verwüstet und mit vielen Geiseln in sowjetischen Händen zurücklassen würde.»

Das psychologische Klima

Einen Abschnitt seines Deutschlandpapiers widmet Kissinger dem psychologischen Klima: «Die Sympathien vieler, wenn nicht der meisten Deutschen liegen im Westen. Aber sie sind nicht fähig, sie auszusprechen. Ihre Gefühle sind nicht organisiert, und wie immer sie auch in Opposition zur Sowjetunion stehen mögen, sie sind genauso misstrauisch gegenüber den Vereinigten Staaten, wenn auch nicht so ängstlich. Das wirkliche Dilemma der amerikanischen Position in Deutschland kommt nicht von den spezifischen Beschwerden, die laut wurden, sondern von einem allgemeinen Mangel an Vertrauen in die USA, welcher das Schaffen eines psychologischen Klimas zur Ausführung von integrierter, langfristiger Politik verhindert und die Deutschen davon abhält, solche Massnahmen wie den Atlantik-

pakt aus dem Blickwinkel ihrer eigenen Interessen zu sehen.»

Keine Konzessionen an die BRD

Kissinger gibt Ratschläge: «Vielleicht wäre es weiser gewesen, einen Friedensvertrag nur nach dem Scheitern einer Viermächtekonferenz zu unterzeichnen; den Friedensvertrag sehr kurz zu fassen und solche Details wie die Dekartellisierung und die Frage der Behandlung von Kriegsverbrechern zum Verhandlungsgegenstand mit einem souveränen Westdeutschland als einem Vollzugsinstrument des Friedensvertrages zu machen. Auch Wiederbewaffnung wäre psychologisch sehr viel bedeutungsvoller, würde sie von einer souveränen Regierung verhandelt anstelle von einer, die sie als den Preis für die Souveränität zu akzeptieren scheint.»

Konzessionen gegenüber den Deutschen zu machen, lehnt Kissinger ab: «Wenn sie überhaupt etwas erreichten, würden sie die vorhandene Bitterkeit vergrössern, indem sie vorherrschende Selbstgerechtigkeit und Frustration intensivierten. Sie würden als ein weiterer Beweis dafür genommen, dass die USA niemals verstehen, was das deutsche Volk wirklich bewegt, dass sie, die USA, über technische Instrumente sprächen, während die Deutschen eine historische Erfahrung beschreiben.» Kissinger bemängelt den Zynismus der alten deutschen Generation, die nur von dem Impuls getrieben werde, beim nächsten Male unter allen Umständen auf der richtigen Seite zu stehen.

«Es ist dies Gefühl impotenter Frustration über die Amerikaner, das für die derzeit festgefahrene Lage in Deutschland zuständig ist. Die Ratifikation des Friedensvertrages wird es

nicht beseitigen. Im Gegenteil. Sie wird es intensivieren und Grund dafür sein, dass die Wahlen im nächsten Jahr über Fragen eines beschränkten Nationalismus und einer Freiheit von der Unterwürfigkeit gegenüber den USA gekämpft werden. Man sollte nicht viel von dem oft zitierten Missfallen an der Sowjetunion erwarten. Um es klarzustellen: die UdSSR ist ungeliebt, ja sogar verhasst, aber sie wird auch respektiert und gefürchtet – und das mag für eine Neutralisierung Deutschlands genug sein.»

Kissinger plaudert, «Der Monat» und «Die neue Zeitung» seien amerikanisch finanzierte Publikationen: «Die deutsche Lage ist kritisch, nicht weil Deutschland fähig wäre, kommunistisch zu werden – dazu besteht praktisch keine Gefahr. Die wirkliche Gefahr ist, eine nationalistische Reaktion, die aus einem dogmatischen Anti-amerikanismus ihre Nahrung bezieht, könne eine Regierung an die Macht bringen, die sich an die UdSSR anlehnt, um ihre Unabhängigkeit vom Westen zu bekommen – was immer auch die ideologischen Differenzen sein mögen. Dieser umgekehrte Titoismus ist keinesfalls unmöglich und könnte durch die harsche Debatte genährt werden, die Friedensvertrag und Wiederbewaffnung sicherlich hervorrufen werden.»

Unterwanderung als Therapie

Der Diagnose folgt die Therapie: «Die Vereinigten Staaten werden solange nicht in der Lage sein, ihre Position zu verbessern, bis sie die psychologische Komponente ihrer politischen Strategie betonen. Dies um so mehr, als die Macht, Ereignisse direkt zu beeinflussen, den USA schnell entgleitet. Es sollte das Ziel jeder amerikanischen psychologischen Bestrebung sein, örtlich Druck auszuüben,

der mit den Hauptströmungen der amerikanischen Politik parallel läuft . . .

Kissinger rät, mit wenigen, ausgesuchten Amerikanern, die «verkleidet» sein müssten, deutsche Universitäten, Stiftungen, Zeitungen oder ähnliche Organisationen zu unterwandern: «Austauschprogramme sind zweifellos nützlich. Auf der anderen Seite könnte die deutsche Jugend durch eine Zahl von jungen Amerikanern effektiver erreicht werden, die strategisch in Schlüsseluniversitäten untergebracht werden.»

Die Unterwanderung soll sogar weiter gehen: «In Deutschland gibt es einen grossen unterschweligen Hass auf die Sowjetunion, der von denjenigen, die aus Ostdeutschland vertrieben wurden, und von den ehemaligen Kriegsgefangenen, die in Russland waren, und vom russischen Verhalten in Ostdeutschland am Leben erhalten wird. Trotzdem kann dieses Gefühl keine Form des Ausdrucks finden, weil es unorganisiert ist und keinen Fokus findet. Es sollte möglich sein, deutsche Organisationen zu fördern, um diese Gefühle zu lenken. Vereinigungen von früheren Kriegsgefangenen, die vielleicht heimlich ohnehin existieren, könnten exzellente Träger werden. Auch das Problem existiert, Einfluss auf Veteranengruppen zu gewinnen . . . Wenn Amerika diese Gruppen nicht benutzt, so werden sie von den Kommunisten infiltriert werden.»

Und dann gibt Kissinger schriftlich, was Jahrzehnte gemunkelt wurde: «Amerikanische Propaganda in Deutschland hat zu verschiedenen Zeiten folgende Themen angewandt:

a) Die sowjetische Gefahr ist übertrieben und deutsche Angst deshalb unbegründet.

b) Schlechte sowjetische Intentionen sind von sich aus so of-

fensichtlich, das kaum ein Grund besteht, sie zu diskutieren.

c) Der Friedensvertrag und die Wiederbewaffnung sind logische Konsequenzen aus der Politik der «Eindämmung».

d) Die UdSSR ist so stark, dass eine Verteidigung Europas ohne deutsche Divisionen unmöglich sein wird, und dass die USA gezwungen sein könnten, Deutschland ohne einen Verteidigungsbeitrag aufzugeben.»

Kissinger bemängelt diese Propaganda: «Die Alternativen wurden unkorrekt aufgezählt. Entweder ein deutscher Verteidigungsbeitrag und eine amerikanische Verteidigung von Europa, oder ein «neutrales Deutschland», das vielleicht besetzt, um das aber nicht gekämpft würde. Dies hat die SPD, die rechten Gruppen und die sowjetische Propaganda in die Lage versetzt, mit deutscher Kriegsmüdigkeit zu spielen; die ständige Wiederholung dessen wurde mehr und mehr wirksam . . . Das Problem kann auch nicht behandelt werden, indem man ständig starke Argumente bringt und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages lenkt. Starke Argumente bestärken nur deutsche Ängste über die Schwäche der Vereinigten Staaten und ihre eigene Impotenz gegenüber der Sowjetunion.»

Kissinger liebt das Wort Impotenz. Sein Vorschlag, Amerikas Position in Deutschland zu verbessern: «Entweder einen deutschen Beitrag zur Verteidigung von Deutschland und daher etwas an Mitbestimmung über seine Zukunft – oder eine Verteidigung von Deutschland als nichts anderem als einem impotenten Gegenstand der Politik.»

Wer immer noch nicht – jetzt, 1986 – weiss, welche Rolle die Bundesrepublik in gewissen amerikanischen Augen spielt,

braucht sich nur Kissingers 1952 zu Papier gebrachtes Fazit zu merken. Er gibt zu, Amerika müsse die Initiative im «Krieg der Ideen» wiedergewinnen. «Das Hauptproblem für Deutschland besteht nicht darin, einen Krieg zu vermeiden, da eine solche Entscheidung von vielen Faktoren ausserhalb deutscher Kontrolle abhängen wird, hauptsächlich von der Einschätzung der existierenden totalen Machtverhältnisse durch die Sowjetunion. Hauptproblem für Deutschland ist es, etwas an Mitbestimmung über sein Schicksal zu erlangen und im Falle eines Krieges etwas an Macht, um Ereignisse zu beeinflussen. Es ist nicht sicher, ob Deutschland einen anderen Krieg überleben würde, aber es ist fast sicher, dass es nicht eine weitere Generation als ein impotentes Objekt der Politik anderer überleben könnte.»

SP-News

SPI. Johannes Rau, Kanzlerkandidat der SPD für Januar 87 und praktisch sicherer neuer Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, lässt sich von einem SP-Genossen beraten. Der Kreuzlinger Soziologe Hermann Drummer erstellt für Raus Staatskanzlei in Düsseldorf politische Gutachten, was auch bereits den Zorn der CDU erregt hat. Drummer hat sich vor Jahresfrist noch für das Amt des Redaktors der «taz – Thurgauische Arbeiterzeitung» interessiert, die dann aber 1985 an Abonnenten- und Geldmangel gescheitert war.